CDU Ratsfraktion MS

Münster, 23. September 2026

RATSANTRAG ZUR SOFORTIGEN BESCHLUSSFASSUNG

Sicherheit gewährleisten – Vermittlung beim Kreisverkehr Von-Esmarch-Straße

Der Rat möge beschließen:

1. Die weitere Ampelplanung wird bis zu einer erneuten politischen Entscheidung nicht unumkehrbar vorangetrieben.
2. Die Verwaltung entwickelt eine maximal gesicherte Kreisverkehrsvariante. Dazu gehören insbesondere abgesetzte und aufgepflasterte Querungen, geschwindigkeitsdämpfende Ein- und Ausfahrten sowie verbesserte Sichtbeziehungen.
3. Diese Variante wird durch ein unabhängiges Sicherheitsaudit mit der Ampellösung verglichen. Entscheidend ist der Schutz von Radfahrenden und Fußgängern. Zusätzlich werden Kosten, Förderung, Flächenverbrauch, Baumbestand, Leistungsfähigkeit sowie die Zuverlässigkeit und mögliche Bevorrechtigung des ÖPNV berücksichtigt.
4. Die Ergebnisse der Prüfung werden der Öffentlichkeit verständlich und nachvollziehbar vorgestellt. Im Rahmen einer Bürgerbeteiligung erhalten insbesondere die Anwohnerinnen und Anwohner sowie die Nutzerinnen und Nutzer der Verkehrsanlage Gelegenheit, die Ergebnisse zu erörtern und dazu Stellung zu nehmen. Die Rückmeldungen werden dokumentiert und in die weitere politische Beratung einbezogen.
5. Anschließend werden die Ergebnisse einschließlich der Rückmeldungen aus der Bürgerbeteiligung mit den Vertretungsberechtigten des Bürgerbegehrens, der Polizei und der Unfallkommission beraten und dem Rat zur abschließenden Entscheidung vorgelegt. Dabei sind auch die voraussichtlichen Kosten eines stadtweiten Bürgerentscheids darzustellen.

Begründung

Die Initiative „Kreisel statt Ampel“ hat nach eigenen Angaben rund 12.000 Unterschriften gesammelt und damit die erforderliche Zahl von 10.013 rechnerisch überschritten. Dieses deutliche Signal muss ernst genommen werden.

Zugleich bleibt die Verkehrssicherheit der entscheidende Maßstab. Deshalb soll geprüft werden, ob eine maximal gesicherte Kreisverkehrslösung ein vergleichbares Sicherheitsniveau wie die Ampellösung erreichen kann.

Der Knotenpunkt hat zugleich eine erhebliche Bedeutung für den ÖPNV. Eine Lösung muss deshalb gewährleisten, dass Busse den Bereich zuverlässig und möglichst ohne zusätzliche Verzögerungen passieren können. Stabile Fahrzeiten und verlässliche Anschlüsse müssen mit entsprechendem Gewicht in den Vergleich einfließen.

Eine tragfähige Entscheidung setzt voraus, dass die fachlichen Ergebnisse nicht nur innerhalb der Verwaltung und der politischen Gremien beraten werden. Sie müssen transparent dargestellt und mit den Bürgerinnen und Bürgern erörtert werden. So kann die Bürgerbeteiligung auf einer belastbaren fachlichen Grundlage erfolgen und zugleich sichtbar werden, welche Lösung nach Kenntnis der Sicherheitsbewertung vor Ort Unterstützung findet. Ein kostenintensiver stadtweiter Bürgerentscheid sollte vermieden werden, wenn zuvor durch eine unabhängige Prüfung, eine transparente Bürgerbeteiligung und Gespräche mit den Beteiligten eine fachlich belastbare Verständigung erreicht werden kann.

gez.

Stefan Weber
Mathias Kersting
Carmen Greefrath
Angela Stähler
Marcus Bielefeld
Olaf Bloch
Andreas Bracht
Meik Bruns
Dr. Dietmar Erber
Alf Rüdiger Kaßenbrock
Stefan Leschniok
Babette Lichtenstein van Lengerich
Jutta Malik
Martin Peitzmeier
Dr. Britta Riederer Freifrau von Paar
Carolin Schwarz
Jolanta Vogelberg
Thomas Werth
Peter Wolfgarten